

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

PARLAMENT DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[C – 2005/33003]

Geschäftsordnung des Ausschusses zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft verabschiedet am 18. Oktober 2004

KAPITEL I — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Im Sinne der vorliegenden Geschäftsordnung versteht man unter:

— Dekret : das Dekret vom 7. April 2003 zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft, abgeändert durch das Dekret vom 29. März 2004,

— Gesetz vom 19. Mai 1994: das Gesetz zur Regelung der Wahlkampagne sowie zur Einschränkung und Erklärung der Wahlausgaben für die Wahlen des Wallonischen Regionalrates, des Flämischen Rates, des Rates der Region Brüssel-Hauptstadt und des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie zur Festlegung des Kriteriums zur Kontrolle der offiziellen Mitteilungen der öffentlichen Behörden,

— Kontrollausschuss: den Ausschuss zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der Mitglieder der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

— Regierung: die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

— Parlamentspräsident: der Präsident des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

— Vorsitzender: der Parlamentspräsident beziehungsweise der Vize-Vorsitzende im Falle der Abwesenheit des Parlamentspräsidenten oder im Falle der Behandlung einer Mitteilung des Parlamentspräsidenten,

— Mitteilung: alle Mitteilungen und Informationskampagnen der Regierung, eines bzw. mehrerer ihrer Mitglieder und des Parlamentspräsidenten, die für die Öffentlichkeit bestimmt sind, zu denen sie nicht aufgrund einer gesetzlichen oder verwaltungsmäßigen Bestimmung verpflichtet sind und die direkt oder indirekt durch öffentliche Mittel finanziert sind.

Art. 2 - § 1 - Vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen wird die Zusammensetzung und die Funktionsweise des Kontrollausschusses nach den in der Geschäftsordnung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft festgehaltenen Bestimmungen, insbesondere der Artikel 18 - 29 und *73quater*, geregelt.

§ 2 - Alle Beschlüsse des Kontrollausschusses werden mit der absoluten Stimmenmehrheit gefasst.

In Abweichung zu Absatz 1 gelten die in Artikel 7 des Dekrets angeführten Beschlüsse nur dann als angenommen, wenn sie mindestens zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erhalten haben und mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder anwesend waren.

Art. 3 - Die Ausschussmitglieder und die zugelassenen Fraktionssekretäre und Sachverständigen haben über den Inhalt der Beratungen und über die dem Kontrollausschuss vorliegenden Unterlagen absolutes Stillschweigen zu bewahren.

Ein Mitglied, das gegen dieses Vertraulichkeitsgebot verstößt, verliert seine Ausschussmitgliedschaft.

Das Vorliegen eines Verstoßes gegen dieses Gebot wird vom Kontrollausschuss nach Anhörung des betreffenden Mitglieds festgestellt. Der Ausschluss tritt unmittelbar nach dieser Feststellung in Kraft.

Der Betreffende darf bei den Beratungen über seinen Fall selbst nicht zugegen sein.

Ein sanktioniertes Mitglied wird gemäß Artikel *73quater* § 1 der Geschäftsordnung des Rates der Deutschsprachigen Gemeinschaft durch einen Angehörigen derselben Fraktion ersetzt.

Ein Fraktionssekretär oder Sachverständiger, der gegen das Vertraulichkeitsgebot verstößt, wird mit sofortiger Wirkung von weiteren Ausschusssitzungen ausgeschlossen. Ein derartiger Verstoß wird gemäß den Bestimmungen der Absätze 3 und 4 festgestellt.

KAPITEL II — *Kontrolle der Wahlausgaben*

Art. 4 - § 1 - Innerhalb von 14 Tagen nach den Wahlen weist der Generalsekretär des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft den Vorsitzenden des Hauptwahlvorstands des Wahlkreises auf die in Artikel 94ter des Wahlgesetzbuches aufgeführten Verpflichtungen hin.

Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass der Vorsitzende des Hauptwahlvorstands des Wahlkreises auch dann eine entsprechende Mitteilung erstellen muss, wenn die Kandidaten oder die eingetragenen Wähler keine Bemerkungen zum Bericht formuliert haben, der zu diesem Zweck ausgelegt wurde.

§ 2 - Falls die in Artikel 94ter des Wahlgesetzbuches angeführten Unterlagen nicht innerhalb der dafür vorgesehenen Fristen hinterlegt wurden, fordert der Generalsekretär den Vorsitzenden des Hauptwahlvorstands des Wahlkreises dazu auf, diese Unterlagen unverzüglich zu hinterlegen.

§ 3 - Unmittelbar nach Eingang von Erklärungen zur Registrierung der Identität der natürlichen Personen, die 125 EUR und mehr zugunsten von politischen Parteien oder Kandidaten spenden, leitet der Generalsekretär des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft dem Absender eine Empfangsbestätigung zu.

Art. 5 - Nach Erhalt der in Artikel 94ter des Wahlgesetzbuches aufgeführten Berichte, Erklärungen und Bemerkungen beginnt der Kontrollausschuss mit der Prüfung der Wahlausgaben. Diese Prüfung muss auf jeden Fall spätestens am 91. Tag nach der Wahl beginnen.

Der Kontrollausschuss beschließt gegebenenfalls, sich vom Rechnungshof beraten zu lassen. Die Prüfung der Wahlausgaben wird bis zum Erhalt des Gutachtens des Rechnungshofs ausgesetzt. Der Generalsekretär wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Art. 6 - Der Kontrollausschuss überprüft zunächst, ob die Berichte den gesetzlichen Vorgaben entsprechen. Dazu kann er gegebenenfalls zusätzliche, schriftliche Erläuterungen beim Vorsitzenden des Hauptwahlvorstands anfordern.

Gelangt der Kontrollausschuss auf Grundlage der vorliegenden Unterlagen zu der Einschätzung, dass ein Bericht fehlerhaft oder unvollständig ist, fordert er den Vorsitzenden des betreffenden Hauptwahlvorstands dazu auf, schriftlich die notwendigen Erläuterungen mitzuteilen oder zusätzliche Informationen zu übermitteln.

Art. 7 - Der Kontrollausschuss überprüft des Weiteren auf Grundlage der vorgelegten Berichte, ob die gesetzlichen Vorgaben, denen die politischen Parteien und die Kandidaten unterliegen, berücksichtigt worden sind. Gelangt er dabei zu der Einschätzung, dass gegen die Bestimmungen des Gesetzes vom 19. Mai 1994 verstoßen wurde, fordert er den(die) Vorsitzenden der betreffenden politischen Partei(en) oder den(die) Kandidaten zu einer schriftlichen Stellungnahme auf.

Die Aufforderung zur Abgabe einer schriftlichen Stellungnahme wird vom Vorsitzenden per Einschreiben übermittelt.

Art. 8 - Bleibt die Aufforderung unbeantwortet oder erhält der Kontrollausschuss innerhalb von zehn Tagen nach Versand des Einschreibens keine seinem Urteil nach zufrieden stellende Antwort, werden die Betroffenen vom Kontrollausschuss zu einer Anhörung vorgeladen.

Darüber werden die Betroffenen vom Vorsitzenden per Einschreiben in Kenntnis gesetzt. Das Einschreiben führt den Ort, das Datum und die Uhrzeit der Anhörung auf. Darüber hinaus wird ausdrücklich vermerkt, dass der Kontrollausschuss bei unentschuldigtem Fernbleiben seine Entscheidung auf Grundlage des vom Vorsitzenden des Hauptwahlvorstands des Wahlkreises erstellten Berichts sowie auf Grundlage der ordnungsgemäß formulierten Bemerkungen treffen würde.

Die geladenen Personen dürfen sich von einer Drittperson ihrer Wahl begleiten lassen.

Art. 9 - Spätestens neunzig Tage nach Erhalt der Berichte verabschiedet der Kontrollausschuss einen Abschlussbericht. Dieser Bericht enthält insbesondere folgende Angaben:

- Schlussfolgerungen in Bezug auf die Richtigkeit und die Vollständigkeit aller ihm vorgelegten Berichte,
- Angaben zu den in Artikel 5 § 2 des Dekrets aufgeführten Punkten,
- falls nötig, Angaben zu den in Artikel 6 des Dekrets festgelegten Strafmaßnahmen.

Der Abschlussbericht wird vom Vorsitzenden sowie vom Berichterstatter unterzeichnet und als Parlamentsdokument gedruckt.

Der Präsident des Parlaments übermittelt den Abschlussbericht des Kontrollausschusses unverzüglich den Diensten des Belgischen Staatsblatts.

Art. 10 - § 1 - Stellt der Kontrollausschuss in seinem Abschlussbericht einen oder mehrere Verstöße gegen das Gesetz vom 19. Mai 1994 fest, erstattet der Vorsitzende falls nötig im Auftrag des Kontrollausschusses bei der zuständigen Staatsanwaltschaft Anzeige.

§ 2 - Zu den Abschriften der Verfolgungsbeschlüsse und der nicht vom Kontrollausschuss erstatteten Anzeigen, die ihm vom Prokurator des Königs vorgelegt werden, verabschiedet der Kontrollausschuss innerhalb von dreißig Tagen nach deren Erhalt eine begründete Stellungnahme.

KAPITEL III — *Kontrolle der Mitteilungen der öffentlichen Behörden**Abschnitt 1 — Begutachtungsbefugnis*

Art. 11 - Wenn die Regierung, eines beziehungsweise mehrere ihrer Mitglieder oder der Parlamentspräsident den Kontrollausschuss vor der Veröffentlichung oder Verbreitung einer Mitteilung um die Abgabe eines Gutachtens ersuchen möchten, hinterlegen sie gemäß Artikel 8 § 2 des Dekrets eine entsprechende Zusammenfassungsvermerkung, und zwar entsprechend dem Vordruck, der der vorliegenden Geschäftsordnung als Anhang beigefügt ist.

Das Sekretariat des Kontrollausschusses leitet der Regierung, dem(den) betreffenden Mitglied(ern) der Regierung oder dem Parlamentspräsidenten unverzüglich eine Empfangsbestätigung zu.

Die in Artikel 8 § 2 Absatz 3 des Dekrets vorgesehene Frist beginnt ab dem Datum dieser Empfangsbestätigung.

Art. 12 - Der Vorsitzende des Kontrollausschusses prüft die hinterlegte Zusammenfassungsnotiz.

Vorbehaltlich der Bestimmungen von Artikel 13 legt der Vorsitzende den Mitgliedern des Kontrollausschusses die Zusammenfassungsnotiz gemeinsam mit seinen diesbezüglichen Bemerkungen, Schlussfolgerungen und Empfehlungen vor.

Art. 13 - Unter der Voraussetzung, dass der Kontrollausschuss ein Kompendium seiner bisherigen Entscheidungen erstellt hat, kann er seine Befugnis, positive Gutachten abzugeben, an den Vorsitzenden delegieren. Das Kompendium dient den Mitgliedern der Regierung und dem Parlamentspräsidenten als Leitfaden und wird ihnen zugestellt.

Innerhalb von fünf Werktagen, nachdem der Vorsitzende den Mitgliedern eine Zusammenfassungsnotiz gemeinsam mit dem Entwurf eines positiven Gutachtens zugeleitet hat, können die Ausschussmitglieder beantragen, dass der Kontrollausschuss sich mit dieser Angelegenheit befasst.

In diesem Fall wird der Kontrollausschuss auf Antrag eines Mitglieds vom Vorsitzenden einberufen.

Nach Ablauf der in Absatz 2 angeführten Evokationsfrist teilt der Vorsitzende der Regierung, dem(den) betreffenden Minister(n) oder dem Parlamentspräsidenten das positive Gutachten mit.

Art. 14 - Die Regierung, der(die) betroffene(n) Minister bzw. der Parlamentspräsident sind auf Wunsch anzuhören, bevor der Kontrollausschuss sein Gutachten formuliert.

Der Kontrollausschuss kann auch von sich aus eine Anhörung des(der) Betroffenen beschließen.

Der Kontrollausschuss oder dessen Vorsitzender kann von der Regierung, dem(den) betreffenden Minister(n) bzw. dem Parlamentspräsidenten ergänzende Informationen verlangen. Diesem Ersuchen ist schnellstmöglich Folge zu leisten.

In den unter Absatz 1 bis 3 beschriebenen Fällen kann der Kontrollausschuss beschließen, die in Artikel 8 § 2 Absatz 3 des Dekrets vorgesehene Frist um 15 Tage zu verlängern.

Art. 15 - Der Kontrollausschuss kann sein positives Gutachten von Änderungen bestimmter Teile der beabsichtigten Mitteilung abhängig machen.

Art. 16 - In jedem Fall informiert der Vorsitzende die Regierung, den(die) betroffenen Minister oder den Parlamentspräsidenten unverzüglich über das Gutachten des Kontrollausschusses.

Art. 17 - Die Regierung, der(die) Minister bzw. der Parlamentspräsident übermittelt dem Kontrollausschuss ein Exemplar der veröffentlichten oder verbreiteten Mitteilung.

Abschnitt 2 — Strafbefugnis

Art. 18 - Innerhalb eines Monats, nachdem ein Antrag auf Befassung gemäß Artikel 8 § 3 des Dekrets schriftlich eingegangen ist, beruft der Vorsitzende den Kontrollausschuss ein.

Der Vorsitzende legt eine entsprechende Akte an und übermittelt diese den Ausschussmitgliedern.

Bevor der Ausschuss eine Entscheidung über die Verhängung einer Strafe gemäß Artikel 8 § 4 des Dekrets trifft, hört er zunächst die Regierung, den(die) betreffenden Minister bzw. den Parlamentspräsidenten an, und zwar entweder auf eigene Initiative oder auf dessen(deren) Verlangen.

Der Beschluss zur Verhängung der in Artikel 8 § 4 des Dekrets aufgeführten Strafen wird innerhalb eines Monats, nachdem der Kontrollausschuss befasst wurde, gefasst. Der Beschluss ist begründet und wird dem(den) Betroffenen innerhalb der nächsten sieben Tage per Einschreiben mitgeteilt.

Entscheidungen zur teilweisen oder vollständigen Anrechnung der Gesamtkosten der Mitteilung auf die Wahlausgaben, werden den Kontrollorganen der anderen Parlamente übermittelt und im Belgischen Staatsblatt veröffentlicht.

KAPITEL IV — Schlussbestimmung

Art. 19 - Die vorliegende Geschäftsordnung tritt unmittelbar nach ihrer Verabschiedung in Kraft.

ANHANG — FORMULAR ZUR BEANTRAGUNG EINES VORHERIGEN GUTACHTENS

Versanddatum: Unser Zeichen: (vom Antragsteller auszufüllen)
--

Eingangsdatum: Unser Zeichen: (dem Sekretariat des Ausschusses vorbehalten)

Ausschuss zur Kontrolle der Wahlausgaben für die Wahl des Rates
sowie zur Kontrolle der Mitteilungen der Mitglieder der öffentlichen Behörden der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Zusammenfassungsnotiz über eine Mitteilung oder Informationskampagne, die an die Öffentlichkeit gerichtet ist

Vorliegendes Formular ist dem Sekretariat des Kontrollausschusses **spätestens zwanzig Tage vor** der Veröffentlichung oder der Verbreitung einer Mitteilung oder Informationskampagne auszuhändigen(1):

An den Generalsekretär des
Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft
Kaperberg 8
4700 Eupen

1. Inhalt der Mitteilung oder Informationskampagne:

.....

2. Datum oder Periode der Veröffentlichung oder der Verbreitung der Mitteilung oder Informationskampagne:

.....

3. Gründe (Rechtfertigung, Ziel und Zielgruppe):

.....

4. Benutzte Mittel (2):

- a) Zeitung, Zeitschrift, Broschüre oder Folder;
 Anschlag (Plakate);
 Radio und/oder Fernsehen;
 Fax, Telefon, Telematik (Internet,...);
 Vorwort eines Buches, einer Zeitschrift,...;
 Gadgets oder Geschenke;
 Ausstellungsstand (Messe, Markt,...);
 Andere:
- b) Die Mitteilung oder Informationskampagne enthält:
 — den Namen des/der Minister(s), des Parlamentspräsidenten ja/ nein),
 — den Titel des/der Minister(s), des Parlamentspräsidenten ja/ nein),
 — das Foto des/der Minister(s), des Parlamentspräsidenten ja/ nein),
 — die Unterschrift des/der Minister(s), des Parlamentspräsidenten ja/ nein/ fac simile).
- c) Bei Benutzung von audiovisuellen Medien:
 — der/die Minister, der Parlamentspräsident erscheint im Bild ja/ nein)
 — der/die Minister, der Parlamentspräsident ist zu hören, gegebenenfalls off screen ja/ nein).

5. Sprache der Mitteilung oder Informationskampagne: Deutsch; Französisch; Niederländisch; Englisch; andere:6. Konsultierte Firmen (3):

.....

.....

.....

.....

.....

7. Konsultationsverfahren (4): öffentliche Ausschreibung; beschränkte Ausschreibung; Angebotsaufruf; freihändige Vergabe.8. Gesamtkosten (Kosten für jedes benutzte Mittel einzeln anführen - siehe Punkt 4):

.....

.....

.....

.....

9. Herkunft der Mittel (nur im Fall einer direkten oder indirekten öffentlichen Finanzierung)(5):

.....

.....

.....

.....

.....

10. Politischer Verantwortungsträger (Name, Funktion, Adresse):

.....

.....

.....

.....

.....

11. Kontaktperson (Name, Amt, Adresse, Telefon, Fax und E-mail):

.....

.....

.....

.....

.....

Unterschrift + Name

 Notes

(1) In der Sprache bzw. den Sprachen der Mitteilung oder Informationskampagne.

(2) Der Entwurf des Wortlauts der Mitteilung oder Informationskampagne ist beizufügen.

(3) Name und Adresse der Firmen. Falls unzutreffend, den Vermerk *nihil* anbringen.(4) Falls unzutreffend, den Vermerk *nihil* anbringen.

(5) Artikel des Haushaltsplans vermerken.

TRADUCTION

PARLEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[C - 2005/33003]

Règlement d'ordre intérieur de la Commission de contrôle des dépenses électorales engagées pour l'élection du Conseil ainsi que de contrôle des communications des autorités publiques de la Communauté germanophone adopté le 18 octobre 2004CHAPITRE I^{er}. — *Dispositions générales*

Article 1^{er}. Au sens du présent Règlement d'ordre intérieur, on entend par :

— décret : le décret du 7 avril 2003 visant le contrôle des dépenses électorales engagées pour l'élection du Conseil ainsi que le contrôle des communications des autorités publiques de la Communauté germanophone, modifié par le décret du 29 mars 2004,

— loi du 19 mai 1994 : la loi réglementant la campagne électorale, concernant la limitation et la déclaration des dépenses électorales engagées pour les élections du Conseil de la Région wallonne, du Conseil flamand, du Conseil de la Région de Bruxelles-Capitale et du Conseil de la Communauté germanophone, et fixant le critère de contrôle des communications officielles des autorités publiques,

— commission de contrôle : la commission de contrôle des dépenses électorales engagées pour l'élection du Conseil ainsi que de contrôle des communications des membres des autorités publiques de la Communauté germanophone,

— gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone,

— président du Parlement : le président du Parlement de la Communauté germanophone,

— président : le président du Parlement respectivement le vice-président en cas d'absence du président du Parlement ou en cas de traitement d'une communication du président du Parlement,

— communication : toutes les communications et campagnes d'information du Gouvernement, d'un resp. de plusieurs de ses membres et du président du Parlement, destinées au public, auxquelles ils ne sont pas tenus en vertu d'une disposition légale ou réglementaire et qui l'ont financées directement ou indirectement par des fonds publics.

Art. 2. § 1^{er}. Sous réserve de dispositions autres, la constitution et le mode de fonctionnement de la commission de contrôle sont réglés selon les dispositions prévues dans le Règlement d'ordre intérieur du Parlement de la Communauté germanophone, notamment les articles 18-29 et 73^{quater}.

§ 2. Toutes les décisions de la commission de contrôle sont prises à la majorité absolue des voix.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, les décisions mentionnées à l'article 7 du décret ne sont réputées approuvées que si elles ont requis au moins deux tiers des suffrages et qu'au moins deux tiers des membres de la commission étaient présents.

Art. 3. Les membres de la commission et les secrétaires de groupe et experts admis sont tenus de faire preuve de discrétion absolue en ce qui concerne le contenu des délibérations et les documents dont la commission de contrôle est saisie.

Lorsqu'un membre viole cette obligation de confidentialité, il perd sa qualité de membre de la commission.

La violation de cette obligation est constatée par la commission de contrôle après avoir entendu le membre concerné. L'exclusion entre en vigueur immédiatement après cette constatation.

L'intéressé ne peut pas personnellement prendre part aux délibérations le concernant.

Un membre sanctionné est remplacé par un membre du même groupe, conformément à l'article 73^{quater} § 1 du Règlement d'ordre intérieur du Conseil de la Communauté germanophone.

Un secrétaire de groupe ou un expert, violant cette obligation de confidentialité, est exclu avec effet immédiat des réunions de commission ultérieures. Une telle violation est constatée conformément aux dispositions des alinéas 3 et 4.

CHAPITRE II. — *Contrôle des dépenses électorales*

Art. 4. § 1^{er}. Dans les quinze jours de la date des élections, le secrétaire général du Parlement de la Communauté germanophone attire l'attention du président du bureau principal de la circonscription électorale sur les obligations mentionnées à l'article 94^{ter} du Code électoral.

L'attention est en particulier attirée sur le fait que le président du bureau principal de la circonscription électorale est tenu d'établir une telle communication même lorsque les candidats ou les électeurs inscrits n'ont pas formulé de remarques relatives au rapport déposé à cette fin.

§ 2. Au cas où les documents indiqués à l'article 94^{ter} du Code électoral n'ont pas été remis dans les délais prévus à cette fin, le secrétaire général invite le président du bureau principal de la circonscription électorale à remettre immédiatement ces documents.

§ 3. Dès l'entrée de déclarations en vue de l'enregistrement de l'identité des personnes physiques, faisant don de 125 EUR et plus au profit de partis politiques ou de candidats, le secrétaire général du Parlement de la Communauté germanophone fait parvenir à l'expéditeur un accusé de réception.

Art. 5. Après réception des rapports, explications et remarques mentionnés à l'article 94^{ter} du Code électoral, la commission de contrôle entame l'examen des dépenses électorales. Cet examen doit en tout cas commencer au plus tard le 91^e jour de la date des élections.

La commission de contrôle décide le cas échéant de se faire conseiller par la Cour des comptes. L'examen des dépenses électorales est suspendu dans l'attente de l'avis de la Cour des comptes. Le secrétaire général est chargé de l'exécution de cette décision.

Art. 6. La commission de contrôle examine en premier lieu la conformité légale des rapports. A cette fin, elle peut le cas échéant demander des explications écrites complémentaires auprès du président du bureau principal.

Si la commission de contrôle estime sur base des documents disponibles qu'un rapport est inexact ou incomplet, elle somme le président du bureau principal concerné de fournir par écrit les explications nécessaires ou de transmettre des informations complémentaires.

Art. 7. La Commission de contrôle examine de plus, sur base des rapports présentés, le respect de la conformité légale de la part des partis politiques et des candidats. Si elle estime que les dispositions de la loi du 19 mai 1994 ont été violées, elle somme le (les) président(s) du (des) parti(s) politique(s) concerné(s) ou le (les) candidats à émettre un avis écrit.

La sommation de remettre un avis écrit est communiquée par le président par lettre recommandée.

Art. 8. A défaut de réponse, ou si la commission de contrôle ne reçoit pas de réponse satisfaisante selon son appréciation dans les dix jours de l'envoi de la lettre recommandée, les intéressés sont convoqués devant la commission de contrôle pour y être entendus.

Les intéressés en sont informés par le président par lettre recommandée. La lettre recommandée indique le lieu, la date et l'heure de l'audition. Elle précisera également qu'en cas d'absence non justifiée, la commission de contrôle statuera sur base du rapport établi par le président du bureau principal de la circonscription électorale ainsi que sur base des remarques formulées de manière conforme.

Les personnes convoquées peuvent se faire accompagner par une tierce personne de leur choix.

Art. 9. Au plus tard nonante jours après la réception des rapports, la commission de contrôle adopte un rapport final. Ce rapport contient en particulier les données suivantes :

- conclusions relatives à l'exactitude et l'exhaustivité de tous les rapports qui lui ont été présentés,
- indications relatives aux points mentionnés à l'article 5, §, 2 du décret,
- si nécessaire, indications relatives aux sanctions fixées à l'article 6 du décret.

Le rapport final est signé par le président ainsi que par le rapporteur et imprimé comme document parlementaire.

Le président du Parlement transmet sans délai le rapport final de la commission de contrôle services du *Moniteur belge*.

Art. 10. § 1^{er}. Au cas où la commission de contrôle constate dans son rapport final une ou plusieurs infractions à la loi du 19 mai 1994, le président dépose si nécessaire plainte auprès du parquet concerné au nom de la commission de contrôle.

§ 2. Au sujet des copies des décisions de poursuite et des plaintes non déposées par la commission de contrôle, lui présentées par le Procureur du Roi, la commission de contrôle adopte un avis motivé dans les trente jours de leur réception.

CHAPITRE III. — *Contrôle des communications des autorités publiques*

Section 1^{re}. — De la compétence d'avis

Art. 11. Le Gouvernement, un ou plusieurs de ses membres ou le président du Parlement qui souhaite demander l'avis de la commission de contrôle avant la parution ou la diffusion d'une communication, déposent une note de synthèse correspondante, selon l'article 8, § 2, du décret, et ce conformément au formulaire joint en annexe au présent règlement d'ordre intérieur.

Le secrétariat de la commission de contrôle adresse, sans délai, un accusé de réception au Gouvernement, au (aux) membre(s) du Gouvernement concerné(s) ou au président du Parlement.

Le délai prévu à l'article 8, § 2, alinéa 3, du décret débute à la date de cet accusé de réception.

Art. 12. Le président de la commission de contrôle examine la note de synthèse déposée. Sous réserve des dispositions de l'article 13, le président soumet aux membres de la commission de contrôle la note de synthèse accompagnée de ses remarques, conclusions et recommandations y relatives.

Art. 13. A condition que la commission de contrôle ait établi un aperçu de ses décisions antérieures, elle peut déléguer au président sa compétence de rendre des avis favorables. L'aperçu servira de *vade-mecum* aux membres du Gouvernement et au président du Parlement et leur sera communiqué.

Dans les cinq jours ouvrables de l'envoi aux membres par le président d'une note de synthèse ainsi que d'un projet d'avis favorable, les membres de la commission peuvent exiger que la commission de contrôle soit saisie de l'affaire.

Dans ce cas, le président convoque la commission de contrôle à la demande d'un membre.

A l'expiration du délai d'évocation indiqué à l'article 2, le président informe le Gouvernement, le (les) ministre(s) concerné(s) ou le président du Parlement de l'avis favorable.

Art. 14. A leur demande, le Gouvernement, le (les) ministre(s) concerné(s) respectivement le président du Parlement sont entendus avant que la commission de contrôle ne formule son avis.

La commission de contrôle peut également décider d'elle-même d'entendre le (les) intéressé(s).

La commission de contrôle ou son président peut demander des informations complémentaires de la part du Gouvernement, du (des) ministre(s) concerné(s) respectivement du président du Parlement. Cette demande doit être remplie dans les meilleurs délais.

Dans les cas décrits aux alinéas 1^{er} à 3, la commission de contrôle peut décider de prolonger le délai prévu à l'article 8, § 2, alinéa 3, du décret de 15 jours.

Art. 15. La commission de contrôle peut conditionner son avis favorable au respect de modifications de certaines parties de la communication envisagée.

Art. 16. Dans tous les cas, le président informe sans délai le Gouvernement, le (les) ministre(s) concerné(s) ou le président du Parlement de l'avis de la commission de contrôle.

Art. 17. Le Gouvernement, le (les) ministre(s) respectivement le président du Parlement communiquent à la commission de contrôle un exemplaire de la communication parue ou diffusée.

Section 2. — Des sanctions

Art. 18. Dans le mois de l'introduction de la demande écrite de saisine conformément à l'article 8, § 3, du décret, le président convoque la commission de contrôle.

Le président établit un dossier correspondant et le communique aux membres de la commission.

Avant que la commission ne prenne une décision relative à l'application d'une peine conformément à l'article 8, § 4, du décret, elle entend d'abord le Gouvernement, le (les) ministre(s) concerné(s) respectivement le président du Parlement, et ce soit d'initiative, soit à sa (leur) demande.

La décision relative à l'application des peines mentionnées à l'article 8, § 4, du décret est prise dans le mois de la saisine de la commission de contrôle. La décision est motivée et communiquée à (aux) l'intéressé(s) dans les sept jours qui suivent par lettre recommandée.

Des décisions relatives à l'imputation partielle ou totale du coût total de la communication aux dépenses électorales sont communiquées aux organes de contrôle des autres Parlements et publiés au *Moniteur belge*.

CHAPITRE IV. — Disposition finale

Art. 19. Le présent Règlement d'ordre intérieur entre en vigueur le jour de son adoption.

ANNEXE – FORMULAIRE DE DEMANDE D’AVIS PREALABLE

Date d’envoi : Notre référence : (à remplir par le demandeur)

Date d’entrée : Notre référence : (réservé au secrétariat de la commission)

Commission de contrôle des dépenses électorales engagées pour l’élection du Conseil ainsi que de contrôle des communications des membres des autorités publiques de la Communauté germanophone

Note de synthèse relative à une communication ou une campagne d’information adressée au public

Le présent exemplaire doit être remis au secrétariat de la commission de contrôle **au plus tard vingt jours avant** la parution ou la diffusion d’une communication ou d’une campagne d’information ¹ :

A l’attention de Monsieur le Secrétaire général du
Parlement de la Communauté germanophone
Kaperberg 8
4700 Eupen

1. Contenu de la communication ou de la campagne d’information :

.....

2. Date ou période de la parution ou de la diffusion de la communication ou de la campagne d’information :

.....

3. Motifs (justification, but et groupe cible) :

.....

¹ Dans la langue resp. les langues de la communication ou de la campagne d’information.

4. Moyens utilisés² :

- a) journal, magazine, brochure ou dépliant ;
 avis (affiches) ;
 radio et/ou télévision ;
 fax, téléphone, télématique (internet, ...) ;
 préface d'un livre, d'un magazine, ... ;
 gadgets ou cadeaux ;
 stand d'exposition (foire, marché, ...) ;
 autres :
- b) La communication ou la campagne d'information contient :
- | | |
|--|------------------------------------|
| - le nom du/des ministre(s), du président du Parlement | (o oui / o non), |
| - le titre du/des ministre(s), du président du Parlement | (o oui / o non), |
| - la photo du/des ministre(s), du président du Parlement | (o oui / o non), |
| - la signature du/des ministre(s), du président du Parlement | (o oui / o non /
o fac-similé). |
- c) En cas de recours à des médias audiovisuels :
- | | |
|---|------------------|
| - le/les ministres, le président du Parlement est/sont visualisés | (o oui / o non) |
| - le/les ministres, le président du Parlement est audible,
la cas échéant off-screen | (o oui / o non). |

5. Langue de la communication ou de la campagne d'information :

- allemand ;
 français ;
 néerlandais ;
 anglais ;
 autres :

6. Firmes consultées³ :

.....

7. Procédure de consultation⁴ :

- adjudication publique ;
 adjudication restreinte ;
 appel d'offres ;
 procédure négociée.

² Le projet de la teneur de la communication ou de la campagne d'information doit être joint.

³ Nom et adresse des firmes. En cas de mention inutile, indiquer *nihil*.

⁴ En cas de mention inutile, indiquer *nihil*.

8. Coût total (Indiquer séparément les coûts pour chacun des moyens utilisés – voir point 4) :

.....
.....
.....
.....

9. Origine des moyens (uniquement en cas de financement public direct ou indirect)⁵ :

.....
.....
.....
.....
.....

10. Responsable politique (nom, fonction, adresse) :

.....
.....
.....
.....

11. Personne de contact (nom, fonction, adresse, téléphone, fax et e-mail) :

.....
.....
.....
.....
.....

Signature + nom

⁵ Indiquer l'article du budget.

VERTALING

PARLEMENT VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[C – 2005/33003]

Huishoudelijk Reglement van de Commissie voor de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad evenals voor de controle van de mededelingen van de openbare overheden van de Duitstalige Gemeenschap aangenomen op 18 oktober 2004HOOFDSTUK I. — *Algemene bepalingen*

Artikel 1. Als bedoeld in onderhavig huishoudelijk reglement verstaat men onder :

— Decreet : het decreet van 7 april 2003 voor de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad evenals voor de controle van de mededelingen van de overheden van de Duitstalige Gemeenschap, gewijzigd door het decreet van 29 maart 2004;

— Wet van 19 mei 1994 : de wet tot regeling van de verkiezingscampagne en tot beperking en aangifte van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezingen van de Vlaamse Raad, de Waalse Gewestraad, de Brusselse Hoofdstedelijke Raad en de Raad van de Duitstalige Gemeenschap, alsmede tot de vaststelling van de toetsingsnorm inzake officiële mededelingen van de overheid;

— Toezichtscommissie : de commissie voor de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad evenals voor de controle van de mededelingen van de leden van de openbare overheden van de Duitstalige Gemeenschap;

— Regering : de regering van de Duitstalige Gemeenschap;

— Voorzitter van het parlement : de voorzitter van het parlement van de Duitstalige Gemeenschap;

— Voorzitter : de voorzitter van het parlement resp. de vice-voorzitter in geval van afwezigheid van de voorzitter van het parlement of in geval van de behandeling van een mededeling van de voorzitter van het parlement;

— Mededeling : alle mededelingen en informatiecampagnes van de regering, van een of meerdere van haar leden en van de voorzitter van het parlement, die voor het brede publiek zijn bestemd, waartoe zij niet zijn verplicht op basis van een wettelijke of administratieve bepaling en die direct of indirect door openbare middelen zijn gefinancierd.

Art. 2. § 1. Behoudens andersluidende bepalingen wordt de samenstelling en de werking van de toezichtscommissie geregeld volgens de in het huishoudelijk reglement van het parlement van de Duitstalige Gemeenschap vastgelegde bepalingen, in het bijzonder van de artikelen 18 - 29 en 73^{quater}.

§ 2. Alle besluiten van de toezichtscommissie worden met een absolute meerderheid van stemmen genomen.

In afwijking van lid 1 gelden de in artikel 7 van het decreet vermelde besluiten alleen dan als aangenomen, als zij ten minste tweederde van de uitgebrachte stemmen hebben gekregen en als ten minste tweederde van de commissieleden aanwezig waren.

Art. 3. De commissieleden en de toegelaten fractiesecretarissen en deskundigen moeten over de inhoud van de besprekingen en over documenten die de toezichtscommissie ter beschikking staan, een absoluut stilzwijgen bewaren.

Een lid dat in strijd handelt met deze verplichting tot geheimhouding, verliest zijn lidmaatschap van de commissie.

Het feit dat er een overtreding van deze verplichting is, wordt door de toezichtscommissie na het aanhoren van het betrokken lid vastgesteld. De uitsluiting wordt onmiddellijk na deze vaststelling van kracht.

De betrokkene mag bij de beraadslaging over zijn geval zelf niet aanwezig zijn.

Een gesanctioneerd lid wordt overeenkomstig artikel 73^{quater}, § 1, van het huishoudelijk reglement van de Raad van de Duitstalige Gemeenschap door een lid van dezelfde fractie vervangen.

Een fractiesecretaris of deskundige die in strijd handelt met de verplichting tot geheimhouding, wordt onmiddellijk van andere vergaderingen van de commissie uitgesloten. Zulke overtreding wordt volgens de bepalingen van lid 3 en lid 4 vastgesteld.

HOOFDSTUK II. — *Controle van de verkiezingsuitgaven*

Art. 4. § 1 - Binnen 14 dagen na de verkiezingen wijst de secretaris-generaal van het parlement van de Duitstalige Gemeenschap de voorzitter van het hoofdbureau van de kieskring op de in artikel 94^{ter} van het kieswetboek vermelde verplichtingen.

In het bijzonder wordt gewezen op het feit dat de voorzitter van het hoofdbureau van de kieskring ook een passende mededeling moet opstellen, als de kandidaten of de geregistreerde kiezers geen opmerkingen over het verslag hebben geformuleerd, dat hiertoe werd opgesteld.

§ 2. Indien de in artikel 94^{ter} van het kieswetboek vernielde documenten niet binnen de daarvoor voorziene termijnen werden neergelegd, verzoekt de secretaris-generaal de voorzitter van het hoofdbureau van de kieskring deze documenten onverwijld neer te leggen.

§ 3. Onmiddellijk na de ontvangst van de verklaringen voor de registratie van de identiteit van de natuurlijke personen, die 125 EUR en meer ten gunste van politieke partijen of kandidaten schenken, zendt de secretaris-generaal van het parlement van de Duitstalige Gemeenschap aan de afzender een ontvangstbevestiging toe.

Art. 5. Na ontvangst van de in artikel 94ter van het kieswetboek vermelde verslagen, verklaringen en opmerkingen begint de toezichtscommissie met de controle van de verkiezingsuitgaven. Deze controle moet in ieder geval uiterlijk op de 91ste dag na de verkiezing beginnen.

De toezichtscommissie besluit, zich indien nodig door het Rekenhof te laten adviseren. De controle van de verkiezingsuitgaven wordt tot de ontvangst van het advies van het Rekenhof onderbroken. De secretaris-generaal wordt met de uitvoering van dit besluit belast.

Art. 6. De toezichtscommissie controleert eerst of de verslagen aan de wettelijke eisen voldoen. Daarvoor kan zij eventueel om bijkomende, schriftelijke toelichtingen bij de voorzitter van het hoofdbureau vragen.

Als de toezichtscommissie op basis van de beschikbare documenten van oordeel is, dat een verslag foutief of onvolledig is, verzoekt zij de voorzitter van het betreffende hoofdbureau dringend de noodzakelijke toelichtingen mee te delen of bijkomende informatie te bezorgen.

Art. 7. De toezichtscommissie controleert verder op basis van de voorgelegde verslagen of de wettelijke eisen, waaraan de politieke partijen en de kandidaten onderworpen zijn, in acht werden genomen. Als zij daarbij van oordeel is dat in strijd werd gehandeld met de bepalingen van de wet van 19 mei 1994, verzoekt zij de voorzitter(s) van de betreffende politieke partij(en) of de kandidaat(kandidaten) dringend om een schriftelijk standpunt.

Het dringend verzoek om het bezorgen van een schriftelijk standpunt wordt door de voorzitter per aangetekende brief overgemaakt.

Art. 8. Als het dringend verzoek onbeantwoord blijft of als de toezichtscommissie binnen tien dagen na het verzenden van de aangetekende brief geen naar haar oordeel tevredenstellend antwoord ontvangt, worden de betrokkenen door de toezichtscommissie voor een hoorzitting opgeroepen.

De betrokkenen worden daarvan door de voorzitter per aangetekende brief op de hoogte gebracht. De aangetekende brief vermeldt de plaats, de datum en het tijdstip van de hoorzitting. Bovendien wordt uitdrukkelijk vermeld dat de toezichtscommissie bij niet verontschuldigde afwezigheid haar beslissing zal nemen op basis van het door de voorzitter van het hoofdbureau van de kieskring opgesteld verslag evenals op basis van de reglementair geformuleerde opmerkingen.

De opgeroepen personen mogen zich door een derde persoon van hun keuze laten vergezellen.

Art. 9. Uiterlijk negentig dagen na ontvangst van de verslagen neemt de toezichtscommissie een eindrapport aan. Dit rapport bevat in het bijzonder de volgende informatie :

- conclusies met betrekking tot de juistheid en de volledigheid van alle aan de commissie voorgelegde rapporten,
- informatie over de in artikel 5, § 2, van het decreet vermelde punten,
- indien nodig, informatie over de in artikel 6 van het decreet vastgelegde strafmaatregelen.

Het eindrapport wordt door de voorzitter evenals door de verslaggever ondertekend en als parlementair document gedrukt.

De voorzitter van het parlement maakt het eindrapport van de toezichtscommissie onverwijld over aan de diensten van het Belgische Staatsblad.

Art. 10. § 1. Als de toezichtscommissie in haar eindrapport een of meerdere overtredingen van de wet van 19 mei 1994 vaststelt, doet de voorzitter indien nodig in opdracht van de toezichtscommissie aangifte bij het bevoegde parket.

§ 2. Met betrekking tot de afschriften van vervolgbesluiten en de niet door de toezichtscommissie gedane aangiften, die haar door de Procureur des Konings werden voorgelegd, neemt de toezichtscommissie binnen dertig dagen na ontvangst ervan een gemotiveerd standpunt aan.

HOOFDSTUK III. — *Controle van de mededelingen van de openbare overheden*

Deel 1. — Adviserende bevoegdheid

Art. 11. Indien de regering, een of meerdere van haar leden of de voorzitter van het parlement de toezichtscommissie voor de publicatie of verspreiding van een mededeling om de afgifte van een deskundig advies willen verzoeken, leggen zij overeenkomstig artikel 5, § 2, van het decreet een passende overzichtsnota neer en wel overeenkomstig het voorgedrukt formulier, dat bij het beschikbare huishoudelijke reglement als bijlage is gevoegd.

Het secretariaat van de toezichtscommissie zendt de regering, het (de) betreffende lid (leden) van de regering of de voorzitter van het parlement onmiddellijk een ontvangstbevestiging toe.

De in artikel 5, § 2, lid 3, van het decreet voorziene termijn begint vanaf de datum van deze ontvangstbevestiging.

Art. 12. De voorzitter van de toezichtscommissie controleert de voorgelegde overzichtsnota.

Behoudens de bepalingen van artikel 13 legt de voorzitter de leden van de toezichtscommissie de overzichtsnota samen met zijn betreffende opmerkingen, conclusies en aanbevelingen voor.

Art. 13. Op voorwaarde dat de toezichtscommissie een compendium van haar tot nu toe genomen beslissingen heeft opgesteld, kan zij haar bevoegdheid om positieve adviezen te verstrekken, naar de voorzitter delegeren. Het compendium dient voor de leden van de regering en de voorzitter van het parlement als leidraad en wordt hun bezorgd.

Binnen vijf werkdagen, nadat de voorzitter de leden een overzichtsnota samen met het ontwerp van een positief advies heeft toegezonden, kunnen de commissieleden verzoeken dat de toezichtscommissie zich met deze aangelegenheid bezighoudt.

In dit geval wordt de toezichtscommissie op verzoek van een lid door de voorzitter bijeenroepen.

Na afloop van de lid 2 vermelde evocatietermijn deelt de voorzitter de regering, de betreffende minister(s) of de voorzitter van het parlement het positieve advies mee.

Art. 14. De regering, de betrokken minister(s) of de voorzitter van het parlement kan (kunnen) desgewenst worden aangehoord, voordat de toezichtscommissie haar advies formuleert.

De toezichtscommissie kan ook zelf tot het aanhoren van de betreffende persoon (personen) besluiten. De toezichtscommissie of haar voorzitter kan van de regering, de betreffende minister(s) of de voorzitter van het parlement aanvullende informatie verlangen. Aan dit verzoek moet zo snel mogelijk gevolg worden gegeven.

In de onder lid 1 tot 3 beschreven gevallen kan de toezichtscommissie besluiten de in artikel 8, § 2, lid 3, van het decreet voorziene termijn met 15 dagen te verlengen.

Art. 15. De toezichtscommissie kan haar positief advies afhankelijk maken van wijzigingen van bepaalde delen van de geplande mededeling.

Art. 16. In elk geval informeert de voorzitter de regering, de betrokken minister(s) of de voorzitter van het parlement onmiddellijk over het advies van de toezichtscommissie.

Art. 17. De regering, de minister(s) of de voorzitter van het parlement maakt de toezichtscommissie een exemplaar over van de gepubliceerde of verspreide mededeling.

Deel 2. — Strafbevoegdheid

Art. 18. Binnen een maand nadat een verzoek tot aanhangigmaking overeenkomstig artikel 8, § 3, van het decreet schriftelijk is binnengekomen, roept de voorzitter de toezichtscommissie samen.

De voorzitter stelt een passend dossier op en maakt dit over aan de leden van de commissie.

Voordat de commissie een beslissing neemt over het opleggen van een straf overeenkomstig artikel 8, § 4, van het decreet, aanhoort zij eerst de regering, de betreffende minister(s) of de voorzitter van het parlement en wel op eigen initiatief of op haar (zijn/hun) verzoek.

Het besluit tot het opleggen van de in artikel 8, § 4, van het decreet vermelde straffen wordt genomen binnen een maand, nadat de toezichtscommissie de zaak in behandeling heeft genomen. Het besluit is gegrond en wordt de betrokkene(n) binnen de volgende zeven dagen per aangetekende brief meegedeeld.

Beslissingen over de gedeeltelijke of volledige aanrekening van de totale kosten van de mededeling op de verkiezingsuitgaven worden aan de controleorganen van de andere parlementen overgemaakt en in het Belgisch staatsblad gepubliceerd.

HOOFDSTUK IV. — Slotbepaling

Art. 19. Het onderhavig huishoudelijk reglement treedt onmiddellijk in werking, nadat het is aangenomen.

BIJLAGE – FORMULIER VOOR HET VERZOEK OM EEN VOORAFGAAND ADVIES

Verzenddatum :
Onze referte :
(in te vullen door de verzoeker)

Ontvangstdatum :
Onze referte :
(voorbehouden aan het secretariaat van de commissie)

Commissie voor de controle van de verkiezingsuitgaven voor de verkiezing van de Raad evenals voor de controle van de mededelingen van de leden van de openbare overheden van de Duitstalige Gemeenschap

Overzichtsnota over een mededeling of informatiecampagne,
die tot het brede publiek is gericht

Het onderhavig formulier moet aan het secretariaat van de toezichtscommissie **uiterlijk twintig dagen voor** de publicatie of verspreiding van een mededeling of informatiecampagne worden overhandigd ¹ :

Aan de secretaris-generaal van het
Parlement van de Duitstalige Gemeenschap
Kaperberg 8
4700 Eupen

1. Inhoud van mededeling of informatiecampagne:

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

2. Datum of periode van de publicatie of de verspreiding van de mededeling of informatiecampagne:

.....
.....

¹ In de taal of de talen van de mededeling of informatiecampagne

3. Redenen (rechtvaardiging, doel en doelgroep) :

.....

4. Gebruikte middelen ² :

- a) o dagblad, tijdschrift, brochure of folder;
 o bekendmaking (affiches),
 o radio en/of televisie,
 o fax, telefoon, telematica (internet, ...),
 o voorwoord van een boek, een tijdschrift, ...
 o gadgets of geschenken,
 o stand op een tentoonstelling (jaarbeurs, markt, ...),
 o andere :.....

b) De mededeling of informatiecampagne bevat:

- de naam van de minister(s), van de voorzitter van het parlement (o ja / o neen),
 - de titel van de minister(s), van de voorzitter van het parlement (o ja / o neen),
 - de foto van de minister(s), van de voorzitter van het parlement (o ja / o neen),
 - de handtekening van de minister(s), van de voorzitter van het parlement (o ja / o neen / o fac-simile).

c) Bij gebruik van audiovisuele media:

- De minister(s), de voorzitter van het parlement verschijnt in beeld (o ja / o neen)
 - De minister(s), de voorzitter van het parlement is (zijn) te horen, eventueel off screen (o ja / o neen).

5. Taal van de mededeling of informatiecampagne :

- o Duits,
 o Frans,
 o Nederlands,
 o Engels,
 o andere:.....

6. Geraadpleegde firma's ³ :

.....

7. Consultatieprocedure ⁴:

- o openbare aanbesteding,
 o beperkte aanbesteding,
 o oproep tot inschrijving,
 o onderhandse gunning.

² Het ontwerp van de tekst van de mededeling of informatiecampagne moet worden bijgevoegd.

³ Naam en adres van de firma's. Indien niet van toepassing de vermelding *nihil* aanbrengen.

⁴ Indien niet van toepassing de vermelding *nihil* aanbrengen.

8. Totale kosten (kosten voor elk gebruikt middel apart vermelden - zie punt 4):

.....
.....
.....
.....

9. Herkomst van de middelen (alleen in geval van een rechtstreekse of onrechtstreekse openbare financiering)⁵ :

.....
.....
.....
.....

10. Politiek verantwoordelijke (naam, functie, adres):

.....
.....
.....
.....

11. Contactpersoon (naam, functie, adres, telefoon, fax en e-mail):

.....
.....
.....
.....

Handtekening + naam

⁵ Artikelen van de begroting noteren.